

21.11.2015

Inhalt:

Verlängerung der allg. Bebauungsfrist auf 2 Jahre	S. 01	Benutzungssatzung für Stadtpark	S. 02
Neue Brücke für den Busbahnhof Obenende	S. 01	Osterfeuer	S. 03
Hähnchenmast am Kollmannsweg	S. 01	Tierschutzheim Stapelmoor	S. 03

## November 2015

### Sitzung des Grundstücksausschusses am 10.11.2015

SPD-Mitglieder im Ausschuss: Maureen Bammig, Ludger Husmann

#### Verlängerung der allgemeinen Bebauungsfrist auf 2 Jahre

Beim Verkauf von städtischen Wohnbaugrundstücken wurde von der Stadt Papenburg zur Zeit eine Frist von einem Jahr zur bezugsfertigen Bebauung der Grundstücke kaufvertraglich vereinbart. Wurde diese Frist zur Bebauung der Grundstücke nicht vom Grundstückserwerber eingehalten, konnte die Stadt Papenburg die Rückübertragung des Grundstücks verlangen. Mit der vertraglich vereinbarten Bauverpflichtung soll sichergestellt werden, dass die Wohnbauflächen zeitnah ihrer Zweckbestimmung zugeführt werden und nur von Bauwilligen erworben werden, die tatsächlich eine kurzfristige Bauabsicht haben.

Aufgrund der derzeit bestehenden regen Bautätigkeit und Auslastung der Handwerksbetriebe ist sowohl von Grundstücksinteressenten als auch aus der Handwerkerschaft der

Wunsch an die Verwaltung herangetragen worden, die allgemeine Frist zur Bebauung der Grundstücke auf zwei Jahre zu verlängern. Dies würde vor allem den Grundstückserwerbern bei der Verwirklichung ihrer Bauvorhaben entgegenkommen, da derzeit aufgrund der Auslastung der Handwerksbetriebe eine bezugsfertige Errichtung innerhalb eines Jahres kaum zu realisieren ist.

**Es wurde mit den Stimmen der SPD beschlossen, die allgemeine Bebauungsfrist für Wohnbaugrundstücke bei zukünftigen Grundstücksverkäufen auf zwei Jahre zu verlängern. Die neue Regelung soll mit dem Verkauf der Grundstücke des nächsten neuen Wohnbaugebiets beginnen.**

### Sitzung des Bauausschusses am 11.11.2015

SPD-Mitglieder im Ausschuss: Maureen Bammig, Ludger Husmann

#### Anbindung des Busbahnhofes Obenende an die Umländerwiek

Eine der zentralen Baumaßnahmen, die in einer der letzten Sitzungen im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Struktur- und Entwicklungskonzeptes Obenende vorgestellt wurden, ist die Sanierung bzw. der Ausbau der Umländerwiek links zwischen dem Kreisverkehr am Splitting und der Straße „Zwischen den Wieken“. Am 24.09.2015 wurde beschlossen, diese Maßnahme im kommenden Jahr umzusetzen.

Bei der Vorstellung der Planung blieb bisher die konkrete Ausgestaltung der Zufahrt zum bestehenden Busbahnhof und deren Querung des Umländerwiek-Kanals offen. Die Ein- und Ausfahrtsradien für Busse und andere Schwerlastfahrzeuge waren gegenwärtig und auch zukünftig zu eng bemessen.

Vor diesem Hintergrund sollte die Querung im Zusammenhang mit dem Ausbau und der Sanierung der Umländerwiek ebenfalls umgebaut werden.

Es gab bei den Unterlagen für die Sitzung keine Vorlage, wie die Stadtverwaltung diese Überquerung konkret bauen wollte. In der Sitzung stellte sie einen Plan vor, der von einem Neubau der Brücke mit einer größeren Breite und das leichtere Abbiegen der Busse vorsah.

Wie sich aus der Diskussion ergab, war die CDU-Fraktion als einzige Fraktion auf ihrer Sitzung vorher über den genauen Plan informiert worden. Dies wurde von Ludger Husmann scharf kritisiert und er wies darauf hin, dass dieser Plan auch mit der Einladung zur Beratung in den Fraktionen hätte zugesandt werden müssen.

**Die SPD-Fraktion stimmte den von der Verwaltung vorge-stellten Entwürfen für den Umbau der Querung über die Umländerwiek zum Busbahnhof trotzdem zu.**

#### Änderung des Flächennutzungsplanes (Erweiterung Hähnchenmast am Kollmannsweg)

Am Kollmannsweg 36 befindet sich ein landwirtschaftlicher Betrieb, der derzeit u. a. eine Hähnchenmast mit 85.000 Plätzen umfasst. Der Betriebsinhaber plant die Erweiterung der Plätze für Hähnchenmast auf 170.000. Nach der aktuel-

len Änderung des Baugesetzbuches ist das Vorhaben nicht mehr privilegiert gemäß § 35 BauGB zulässig, da für das Vorhaben die Erstellung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich wird.

21.11.2015

Um die planungsrechtliche Zulässigkeit herzuleiten, sind die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Damit hatte der Rat erstmalig die Möglichkeit, einen solchen Hähnchenmaststall abzulehnen.

**Diese Ablehnung erfolgte mit knapper Mehrheit gegen die überwiegende CDU-Zustimmung. Die SPD-Mitglieder stimmten im Ausschuss gegen den Hähnchenmaststall.**



Die **Erweiterungspläne** eines Hähnchenmastbetriebes hat der Bauausschuss der Stadt Papenburg mit knapper Mehrheit abgelehnt. Foto/Archiv: Hermann Hinrichs

## Keine weiteren Mastställe für Hähnchen in Papenburg

**Bauausschuss lehnt Vorhaben eines Landwirtes mehrheitlich ab**

Von Jürgen Eden

**PAPENBURG.** Der Bauausschuss der Stadt Papenburg hat sich am Mittwochabend in der Villa Dieckhaus mit knapper Mehrheit gegen einen Hähnchenstall ausgesprochen. Ein Landwirt will „Am Kollmannsweg“ seine Mastkapazitäten von 85000 auf 170000 Plätze verdoppeln. Die Meinungen gingen auch innerhalb der CDU-Fraktion weit auseinander. Bürgermeister Jan Peter Bechtluft (CDU) führte zu Beginn die neuen rechtlichen Möglichkeiten aus, die mit der Novellierung des Baugesetzbuches den Kommunen mehr gestalterische Möglichkeiten und damit Handlungsspielräume gebe. In der Kanalstadt gebe es aufgrund verschiedenster Beschränkungen nur im Dreieck Aschendorf, Aschendorfermoor und Herbrum einen Korridor für derartige Vorhaben. Gleichwohl machte er deutlich, dass man den betroffenen Landwirt vor rund 25 Jahren bewusst ausgesiedelt habe, um dem Betrieb Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Diese Chance müsse man ihm und seiner Familie lassen.

„Die Baugesetzgebung wurde nicht ohne Grund geändert. Wir haben jetzt die Möglichkeit, vor Ort zu gestalten“, entgegnete Nobert Kramer von der Unabhängigen Wählergemeinschaft (UWG), der in einem derartigen Vorhaben industrielle Landwirtschaft sieht. CDU-Ratscherr Pascal Albers signalisierte, dass seine Fraktion mehrheitlich für eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und damit für den Einstieg in die Bauleitplanung

sei. Dabei machte er deutlich, dass man in Papenburg keine „Weltpolitik“ machen könne und wolle, sondern sich auf die Vorhaben vor Ort fokussieren müsse.

Sein Fraktionskollege Andreas Eissing sprach sich auch für die UVP aus. Er hoffe jedoch, wie auch Ratskollege Bernhard Kruse vom Unabhängigen Bürgerforum (UBF), dass man mit einer UVP sachliche Argumente gegen das Vorhaben an die Hand bekommen werde. Sehr ausführlich brachte CDU-Ratsfrau Petra Behnes ihre kritische Haltung zum Ausdruck. Das Emsland habe mit 40 Millionen Geflügeleinheiten bundesweit mit die höchste Besatzdichte. Außerdem habe die Massentierhaltung mit der Zugabe von Medikamenten im Futter zu Antibiotika-Resistenzen geführt. Immer größere Einheiten in Deutschland führten

sogar so weit, dass Landwirte in anderen Ländern die wirtschaftliche Möglichkeit zum Betrieb eigener Höfe genommen werde.

FDP-Ratscherr Markus Schepers sprach von einer „Krankheit des Systems“. „Ich habe mir meine Entscheidung nicht leicht gemacht, aber die Geiz-ist-geil-Mentalität der Verbraucher fordert immer größere Einheiten, die wir nicht wollen“, so Schepers. Der Grünen-Ratscherr Knut Glöckner führte an, dass er zwar grundsätzlich die bäuerliche Landwirtschaft begrüße, aber keine Massentierhaltung, die inzwischen von 75 Prozent der Bevölkerung abgelehnt werde. „Immer größere Einheiten führen zu weiter fallenden Preisen. Diesen Teufelskreis muss man durchbrechen“, forderte der Grüne.

UBF-Ratscherr Gerhard

Schipmann führte den mangelhaften Tierschutz für seine ablehnende Haltung an. Ludger Husmann (SPD) gab zu bedenken, dass mit einer Zustimmung erneut eine Privilegierung einhergehe. „Damit hätten wir ein Problem, wenn Bokeler Landwirte ähnliche Vorhaben ins Auge fassen“, so Husmann.

Gleich mehrfach bezog Bürgermeister Bechtluft Stellung zu den kontroversen Ausführungen. Die Ablehnung der Massentierhaltung habe bisher nicht zu einer Änderung des Konsumverhaltens bei den Verbrauchern geführt. Außerdem sei der Querverweis zu den Bokeler Landwirten nicht nachzuziehen, da dort rechtlich ohnehin keine Erweiterungen möglich seien.

Im Ortsrat Aschendorf wird das Vorhaben laut Stadtsprecher Heiko Abbas noch einmal Thema sein.

Ems-Zeitung 13.11.2015

## Sitzung des Feuerwehr-/Präventionsausschusses am 12.11.2015

SPD-Mitglieder im Ausschuss: Maureen Bammig, Ludger Husmann

## Benutzungssatzung für den Stadtpark

Für die zukünftige Nutzung des Stadtparkes hatte die Stadtverwaltung einen Entwurf einer Benutzungssatzung erarbeitet.

Die SPD-Fraktion hatte gefordert, eine Gebührensatzung für kommerzielle Veranstaltungen im Stadtpark (Das sind Veranstaltungen, für die Eintritt erhoben wird) aufzustellen

21.11.2015

Dieser Forderung ist die Stadtverwaltung nicht gefolgt. Dafür schlug sie eine Benutzersatzung mit vielen Verboten vor.

Unter anderem soll im Stadtpark verboten sein:

- Rasenflächen und Anpflanzungen zu betreten oder zu befahren, soweit dies nicht gemäß § 4 Abs. 3 oder im Einzelfall gestattet ist.
- Ball zu spielen.
- Hunde frei oder an überlanger Leine (mehr als 1,50 m) herumlaufen zu lassen.
- Wasservögel zu füttern.

- Notdurft außerhalb von Toilettenanlagen zu verrichten.

Einer solchen Satzung konnten die SPD-Mitglieder nicht zustimmen, weil sie zum Teil unsinnig, wie zum Beispiel zunächst einmal öffentliche Toiletten installiert werden müssen, bevor man verbietet, seine Notdurft außerhalb von Toilettenanlagen zu verrichten. Ebenfalls sollte man den Besuchern nicht verbieten, Enten und Möwen oder Schwäne zu füttern.

**Die Satzung wurde mit den Stimmen der SPD mehrheitlich abgelehnt.**

## Verordnung über das Abbrennen von Brauchtumsfeuern Verordnung über das Abbrennen von Brauchtumsfeuern

In Papenburg gab es bis jetzt keine verbindlichen Regelungen für das Abbrennen von Osterfeuern. Auch eine normierte Anzeigepflicht bestand nicht. Zu Ostern 2015 meldeten dennoch 202 Personen ein Osterfeuer beim städt. Fachbereich Ordnung angemeldet. Sie erhielten ein Informationsblatt das wesentliche Sicherheitsbestimmungen und weitere Hinweise für das Abbrennen von Osterfeuern enthielt.

Bei stichprobenartigen Überprüfungen an Karsamstag und Ostersonntag wurde festgestellt, dass eine Vielzahl von Feuern entfacht waren, die von nur wenigen Personen bewacht wurden. Es wurden auch Feuerstellen festgestellt, die nur von einer Person bewacht oder ohne Aufsicht abgebrannt wurden. Von einer typischen Brauchtumsveranstaltung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sie öffentlich zugänglich und von einer größeren Anzahl von Besuchern,

wie bei Osterfeuern von Vereinen, Verbänden oder anderen Gruppen veranstaltet wird, konnte dabei nicht die Rede sein. Das Abbrennen solcher Feuer kann nicht als Brauchtum anerkannt werden und verstößt somit gegen geltendes Recht.

Aus Sicht der Verwaltung ist es sinnvoll, in Papenburg eine verbindliche Anzeigepflicht von Brauchtumsfeuern einzuführen, um der Gefahr zu begegnen, dass entgegen bestehender Rechtsvorschriften offene Feuer zur Abfallbeseitigung insbesondere an den Ostertagen abgebrannt werden. Eine Anzeigepflicht ermöglicht es, angemeldete Feuer zu überprüfen sowie Verstöße gegen verbindliche Bestimmungen festzustellen und ggf. gezielt zu ahnden.

**Mit den Stimmen der SPD wurde diese Satzung verabschiedet, obwohl sie unserer Meinung nach noch nicht weit genug geht.**

## Aufwendungen für Fundtiere und Tierschutz

Die SPD-Fraktion tritt seit langem für ein Tierschutzheim in Papenburg ein. Die Stadt Papenburg kooperiert mit dem Tierschutz Rheiderland e.V.. Die Zusammenarbeit mit dem Verein Tierschutz Rheiderland e.V. führte dazu, dass damit eine dauerhafte Verlagerung des Problems aus den Grenzen der Stadt Papenburg erfolgte. Die Stadt kommt ihrer finanziellen Verpflichtungen bei Fundtieren nur ungenügend nach. Wenn Bürger Tiere in Papenburg finden, können diese nicht im Stadtgebiet abgeliefert werden sondern ihnen wird erklärt, sie müssten sie nach Stapelmoor bringen.

Die Stadt Papenburg zahlte bis jetzt für jedes dem Tierschutzverein zugeführte Tier eine sogenannte „Kopfpauschale“. Diese betrug für jeden Hund 100 Euro und für jede Katze 50 Euro. Zusätzlich übernahm sie die jeweils notwendigen Tierarztkosten. Die zwischen dem Tierschutzverein und der Stadt Papenburg abgeschlossene Vereinbarung sah außerdem vor, dass der Verein Fundtiere, die vom Finder nicht direkt dem Tierheim zugeführt werden konnten, zeitnah beim Finder oder an dem von der Stadt vorgegebenen Ort abgeholt wurden. Dafür erhielt der Verein eine zusätzliche Pauschale in Höhe von mtl. 500 Euro. Zudem gewährte die Stadt einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von jährlich

5.000 Euro. In den vergangenen drei Jahren hat die Stadt Papenburg folgende Kosten für Fundtiere aufgewendet:

- 2012: 22.349 €
- 2013: 25.931 €
- 2014: 25.629 €

Der Tierschutzverein Rheiderland trat nunmehr an die Stadt Papenburg heran mit der Bitte, die Abrechnungsmodalitäten zu ändern, da die bisher von der Stadt Papenburg geleisteten Zahlungen nicht ausreichte, die Kosten zu decken. Der Tierschutzverein bezifferte die anteiligen Fundtierkosten für die Stadt Papenburg mit jährlich rd. 57.800 Euro.

**Der Ausschuss sprach sich gegen die Stimmen der SPD dafür aus, die Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein auf Dauer fortzusetzen. Der städtische Anteil an der Gesamtfinanzierung soll auf der Grundlage der nachgewiesenen betriebsbedingten Aufwendungen des Vereins berechnet werden.**

**Der Ausschuss stimmte mit den Stimmen der SPD einer Erhöhung des jährlichen Zuschusses für den Kastrationsfonds auf jährlich 4.000 Euro zu.**